

Berliner Volks-Zeitung

Konservativer Verwaltungsterrorismus.

Von
Georg Cothlen, M. d. R.

Bei dem Prozeß wegen Verleumdung des Landrats
in Magdeburg hat die Verteidigung, um darzutun, wie all-
gemein die Staatsbeamten in den Dienst der konservativen
Partei gestellt werden, auf verschiedene Mitteilungen von mir
verwiesen und beantragt, mich darüber zu vernehmen. Der
Landrat hat diese Vernehmung abgelehnt, nachdem der
Landesrat die von mir früher in der Öffentlichkeit ge-
gebenen Mitteilungen als wahr anerkannt hat. Da
die Verleumdung aber nicht überall korrekt ist, halte ich es
angekommen, die in Frage kommenden drei Punkte noch
mal kurz zu klären:

Während ich noch Assessor und Stabsarzt des Berg-
bauamts in Magdeburg war, wurde ich vom damaligen
Bergbauamtsrat Dr. Süssner telegraphisch nach Berlin
geholt und mir zu meinem Erstaunen das vielgeehrte Ver-
merkungsprotokoll vorgelesen, um mich über den Inhalt
des Protokolls zu vernehmen. Die Sache hatte aber einen Haken. Es
wurde von mir verlangt, daß ich mich dort im konservativen
Interesse parteipolitisch betätigen sollte. Wie der damalige
Bergbauamtsrat erklärte, legte der dortige Oberpräsident
Dr. Wolff entscheidendes Gewicht darauf, daß nur kon-
servative Beamte in Magdeburg seien, und daß sich diese an der
Verteidigung beteiligten. Als ich erklärte, ein betriebs-
fremder politischer Leberzeugung als anständiger Mann
bringen zu können, bedauerte der Bergbauamtsrat,
daß Magdeburger Revier nicht geben zu können.

Im Jahre 1886 hielt ich mich im Seebad Westerland auf
erhielt von meinem Vetter, dem damaligen Oberpräsi-
denten v. Steinmann, der meinen Namen in der Kurliste
geführt hatte, eine freundliche Einladung, ihn zu besuchen.
Diesem Besuch hat Herr v. Steinmann, der sich in sehr
höflicher Weise mit gegenüber äußerte, sich unter anderem
ausgesprochen, daß die Tätigkeit eines Oberpräsidenten
die wie die des Landrats nach den Wahlen eingeleitet
werden die sie zustande brächten, und daß es daher notwendig
sei, in die Ehrenämter nur zuverlässige Personen zu
berufen. Ich bemerkte dazu, daß sich damals der politische
Kampf zwischen den Sozialdemokraten, im wesentlichen gegen die
Nationalliberalen richtete.

Am Reichstage habe ich vor ungefähr sechs Jahren von
der Unterhaltung mit einem hohen Beamten Mitteilung
erhalten, worin mir dieser sagte: „Wie ist es möglich, bei uns
zu regieren? Seit 25 Jahren ist kein Landrat, kein
Landtagspräsident oder Regierungspräsident, kaum ein Gemein-
deverwalter in Ostpreußen bestatigt worden, der nicht kon-
servativ bis in die Knochen gewesen wäre. Wir befinden
uns in einem eisernen Netz konservativer Ver-
waltung und Selbstverwaltung, und es gehört eine
wunderlich starke staatsmännliche Kraft dazu, dieses Netz
zu durchbrechen, und sagen Sie selbst, wo wäre eine solche un-
gewöhnliche staatsmännliche Kraft zu finden.“

Da der betreffende hohe Beamte noch lebt, bin ich nicht
der Lage, seinen Namen zu nennen. Im übrigen hat er
wegen Wiedergabe dieser seiner Äußerung im Reichs-
tag, daß im Reichstag niemand an der Wahrheit dieses Ge-
heims gewweifelt hat und nur der alte Abgeordnete
Ludwig Borchers die Wahrheit meinte, es sei ihm leider sehr
schwer, daß es unter den hohen Beamten Leute gäbe, die
diese Geheimnisse hätten!

Wenn nun jetzt der Staatsanwalt, der Rebenführer in
allen Dingen die Leitung der Verhandlung in dem Pro-
zesse des Mittelgutsbesizers v. Bede er so darstellen, als
wenn dem Vorwurf derartiger politischer Betätigung der
Bede eine unerhörte Verleumdung läge, so sieht man gerade
den konservativen Kreisen diese Betätigung als selbstver-
ständlich an, ja als das, was man von Beamten zu be-
warten hat. Es ist aber auch noch an die verschiedenen
Namen von Landräten und sonstigen höheren Beamten
erinnert, wenn es gelungen war, einen frei-
willigen Abgeordneten bei den Wahlen zu verdrängen. Die
Bede-Betätigung unserer Landräte zugunsten der kon-
servativen Partei ist eben das Geheimnis des Reichstags,
das Geheimnis, das jedermann kennt.

Nicht gebilligt. Der Oberpräsident der Provinz
Pommern Herr v. Alshagen, der am 6. September bei dem
Landrat in Stolp betrieblige Besprechungen über den deutschen
Landesrat gemacht hatte, hat kürzlich in Sachen dieser Ange-
legenheit mit dem Minister v. Dallwitz Rücksprache gepflogen. Wie
Herr v. Alshagen berichtet, hat der Minister im Laufe dieser Unter-
redung das Vorgehen des Oberpräsidenten nicht gebilligt.
Herr v. Alshagen berichtet, daß er sich eine Verleumdung der
Landesrat habe zuschreiben können lassen. „Nicht gebilligt.“ Was ganz
klar ist, liegt die Sache über die Maßgebenden Zustellen
aus dem gänzlich zur Laegerung übergegangen. Sie hat dem Herrn
v. Alshagen die Lage, Vorworte in Presseangelegenheiten als mit-
telbar Landrat angedeutet.

**Wiederbestellung des Postens des zweiten Vizepräsi-
denten des Reichstages** hören wir, daß die Reichspartei einen
Wahlmann aus ihren Reihen präsentieren wird, wenn die national-
liberale Fraktion keinen Anspruch auf den Posten erhebt. Weiter
heißt es, daß der Erbpriester von Hohenlohe sich mit der
Partei nicht wieder für den Reichstag zu kandidieren.
Der 26. Jahre alte Volksschullehrer Jakob Schadt aus
Worms, der im April die siebenjährige Tochter des dortigen
Landesrat aus dem Leben durch Selbstvergiftung löste, weil sie keine
Eheverträge zurückließ, und dem von Schwurgericht wegen

Kurze Chronik.

- Den zweiten Vizepräsidenten im Reichstage wollen die Konservativen wählen.
- In Wien ist das erste argentinische Fleisch eingeführt worden, durch dessen Einfuhr man der dortigen Fleischnot abhelfen will.
- In der französischen Deputiertenkammer sind bereits 25 Interpellationen über den Eisenbahnerstreik von Deputierten verschiedener Parteien angekündigt worden.
- Die spanische Regierung erklärt, daß sie keine Eroberungen, oder Kriegsgelüste gegen Marokko habe.
- Näheres im Text des Blattes.

Verleumdung zum Tode verurteilt wurde, ist heute früh, wie uns ein
Privat-Telegramm meldet, im Hofe des Gerichtshofes ent-
schieden worden.

Die Vielredner des Deutschen Reichstages.

Das Sprechregister über die Reichstagsverhandlungen im letzten
Sitzungsabschnitt ist im Reichstage jetzt ausgegeben worden und gibt
Aufschluß über die Redetätigkeit der einzelnen Abgeordneten.
Während etwa 150 Abgeordnete niemals rednerisch hervorgetreten
sind, haben es gegenüber diesen Schweigegünstigen verschiedene Abge-
ordnete zu ziemlich hohen Zahlen gebracht. Vorkemmerswert ist, daß
nicht immer die Führer der Parteien das große Wort führen, denn
sein Antipode Herr v. Hermann nur sechsmal. Die meisten Reden hielt,
wie in allen Sitzungen der Zentrumsabgeordnete Gersberger, der
sich über fast alle Gebiete ausließ; er brachte es auf 370 Reden, so
daß er im Durchschnitt täglich zweimal sprach. Er hat fast so oft
gesprochen wie die beiden nächsten Vielredner zusammen, nämlich
Dr. Müller-Meiningen (228 Reden) und Cothlen (150
Reden). Ueber hundertmal haben das Wort ergriffen: Ledebour (142),
Gröber (126), Gamp (122), Dr. Görke (Brandenburg) (120), Werner
(118), Behrens (118), Wackerstein (110), Dr. Bremer (106), Dr. Semler
(102).

Die meisten Vielredner hat die nationalliberale Fraktion aufzu-
weisen (wobei nicht immer einer links und einer rechts sprechen
muß), es folgt das Zentrum, das nach der Zahl der Reden durch
Erzberger überbaupt an der Spitze steht, am schwächsten sind die
Konservativen. Sie haben's nicht nötig.

Die nationalliberale Jugend.

(Telegraphischer Bericht.)
Am 22. Oktober.
Sente früh trat in den Räumen der Gesellschafthaus der zwölfte
Vertretertag der nationalliberalen Jugend zu seiner diesjährigen Tagung
ab. In diesem Jahre überwog von der fastigen Be-
schlossenheit erst nach dem allgemeinen Nationalliberalen Parteitag
stattfinden. Die Vertretung ist stärker als sonst, die Zahl der Tele-
graphisten beträgt über 130. Der öffentlichen Vertretung ging heute
früh eine nichtöffentliche Vertreterversammlung voraus. Der Ver-
tretende Dr. Hermann Fischer begrüßte zunächst als Vertreter des
Zentrumsvorstandes der nationalliberalen Partei die Abgeordneten
Frohmann und Maurer. Mit besonderer Freude erfuhr es uns,
unseren langjährigen Vizepräsidenten zu sehen, so ist heute eine große
Anzahl Delegierter aus Baden anwesend. (Schwäbische Braunau) Wir
sind immer bemüht gewesen, ein weltlicher Reichsverband zu
sein, der alle liberalen Vereine des ganzen Reiches umfaßt. Es
werden zur Leitung des Bureau's gewählt: Engels, Seemann, Jara-
sch, Diersberg-Saunders und Generalsekretär Dr. Alex. Schön.
Darauf begrüßte Kaufmann Kreuter als Vorsitzender des Kölner
Nationalliberalen Vereins die Vertretung. Darauf erstattete Ver-
waltungsvorstand Dr. Fischer den Geschäftsbericht.
Da sich niemand zum Geschäftsbericht zum Wort meldete, wurde
dem Vorstand Entlastung erteilt.

**Rechnonierische Lehrer wieder im Amt — wegen Lehr-
mangels.** Die Stadt Landenberg a. W. hat Lehrermangel.
Sie ist an dieser Lokalität selbst schuld, weil sie keine Ortsan-
gaben gewährt. In ihrer Verlegenheit mußte die Stadt Landenberg
der Lehrer, die schon in den Ruhestand versetzt waren, wieder
anzustellen!

Das erste argentinische Fleisch ist gestern in Wien einge-
troffen. Es handelt sich um 2156 Kilogramm Rindfleisch und
um 922 Kilogramm Hammelfleisch, die in gefrorenen Zustände auf
dem Seewege über Triest in Österreich eingeführt worden waren.
Das Fleisch wurde vollständig einwandfrei befunden und fand reihen-
den Absatz. Eine weitere Sendung von 800 000 Kilogramm steht
in Aussicht.

**Obwohl in Deutschland die Fleischnot größer ist als in
Österreich, ist hier an die Einfuhr von argentinischem Fleisch
nicht zu denken.** Unser Volk läßt sich eben die Junferherrschaf
ruhig gefallen.

Die deutsch-tschechische Verständigung. Nach einer Meldung
aus Prag nehmen die dortigen Verhandlungen zwischen den
Deutsch-Bohmen und Tschechen einen so günstigen
Verlauf, daß eine endliche Verständigung zwischen den beiden Volks-
stämmen nach dem vierjährigen Streit kaum mehr zu be-
zweifeln ist. Der Erfolg wird die Arbeitverhältnisse im Reichs-
tag gänzlich beeinflussen. Auch der Eintritt einiger Tschechen ins
Kabinett ist zu erwarten. Das Komitee, das die Bestimmung
über den Sprachengebrauch bei den autonomen Behörden
Röhms zu beraten hatte, hat gestern seine Aufgabe vollständig er-
ledigt. Die Regelung des Sprachengebrauchs bei der Prager Ge-
meinde, die große Schwierigkeiten bereitet hatte, ist gleichfalls
erledigt worden. Dem Verlangen der Tschechen, daß deutsche

Eingaben von der Prager Gemeinde angenommen und in deut-
scher Sprache erledigt werden, ist Rechnung getragen worden.
Gegenüber den bisherigen Zuständen ist durch die neue Vereinbarung
manche Besserung für die Deutschen erreicht worden.

Woher es kommt . . .

„Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ und Sanftand.
Die Nordd. Allg. Ztg. wandte sich in ihrer Nummer vom
16. Oktober gegen eine Stelle in den vom Präsidium des Reichs-
bundes festgestellten Wahlvorschriften und ebenso
gegen die dort sich findenden biblischen Darstellungen über die
Benachteiligung der deutschen Industrie und des deutschen
Handels und Handwerks. Darauf antwortet jetzt der „Sanftand“:

Es wäre notwendiger und richtiger gewesen, wenn die „Nord-
deutsche Allgemeine Zeitung“, die in der ganzen letzten Zeit nie
ein Wort des Tadels gegen weit schärfere Wendungen des Bun-
des der Landwirte, nicht einmal gegen deren Wahl-
rechtspolitik gefunden hat, einmal die allein wichtige ernste Frage
unterläßt hätte, woher es kommt, daß selbst Männer, die sich
ihre Berechtigung voll bewußt sind und ebenso wenig wie ihre
Gegner daran denken, der Arbeit aller Erwerbstätigen den ihr
notwendigen Schutz zu verweigern, sich in ihrem Gewissen verpflichtet
fühlen, so scharf und so rückhaltlos zu reden. Sie hätte endlich
einmal die Frage aufwerfen sollen, ob denn nicht in der Tat ein
großer Teil der auch in solchen Kreisen herrschenden Erbitterung
daher kommt, daß eine große Reihe von Gesetzen, Verordnungen
und Erquaten der letzten Zeit, also von „Maßregeln der Gesetz-
gebung und Verwaltung“, welche Gewerbe, Handel und Industrie
nicht zur Ruhe kommen lassen, von den agrarischen, den agri-
kulturellen und industriellen Kreisen aus Unkenntnis der gewerblichen Be-
dürfnisse, teils aus rein egoistischen Sonderinteressen
heraus sowohl der Regierung wie der Nation „diktirt“ und auf-
gedrängt worden sind.

Es sei hier erinnert an überaus zahlreiche Vorschriften der
Fabrik- und Gewerbegesetzgebung, an das letzte Brau- und
Steuer-gesetz, an den Feldzug gegen das für die Industrie unen-
tbehrliche Kanalkonstruktum, an die jähre Aufrechterhaltung der
preussischen Wahlkreis-einteilung, welche für viele Landes-
teile die absolute Herrschaft des Großgrundbesitzes sichert und den
Einfluß der Industrie und Gewerbetreibenden trotz der häufigsten
Bewässerung überhaupt nahezu ausschaltet, ferner an die Ablehnung
des Ausbaues der Reichsfinanzen durch eine Erbschaftsteuer.
Hätte die Nordd. Allg. Ztg. dem Ersche der Lage entsprechende
diese Fragen erörtert, so wäre wohl auch sie zu der Erkenntnis
gelangt, daß es nur einen Ausweg aus der heutigen Verfahr-
heit und nur einen Weg gibt, die utopischen Ziele der Sozial-
demokratie mit Erfolg zu bekämpfen: wenn es nämlich gelingt,
eine offene und entscheidende Wähler von der agrar-domi-
nanten Richtung, sowie ferner Herbeizuführen, daß nicht mehr
sollt ausschließlich oder überaus vorwiegend ein gelager Schichten
der Bevölkerung, sondern der Gesamtheit des Bürgertums,
die diesem gebührende Stellung in der Verwaltung und Leitung
des Staates gesichert wird. Eine Politik des Zuredens und Ab-
wartens ist nicht geeignet, den bürgerlichen Kreisen, worauf es
vor allem ankommt, Vertrauen und neuen Mut einzuflohen.

In diesen Ausführungen ist weiter nichts auszuführen. Nur
der Ausdruck, daß auch der Regierung die agrarische Wirt-
schaftspolitik „aufgedrängt“ worden ist, muß beachtet
werden. Die Regierung braucht sich diese Politik nicht auf-
drängen zu lassen, wenn sie nicht will. Sie hat sehr wohl die
Möglichkeit und die Macht, die Junfer herrschaf zu machen,
wenn sie will es nicht. Und darum ist sie für die traurigen
Zustände genau so verantwortlich wie die konservativen Par-
teien. Schließlich ist aber auch das Bürgertum nicht von
Schuld freizusprechen, das bei den Wahlen Gelegenheit hat,
die Junferherrschaf niederzulassen. Tut es das nicht, so muß
es die politische Verwahrlosung und Steuerbedrückung in den
Kauf nehmen. Bei den nächsten Reichstagswahlen wird's
hoffentlich anders kommen.

Fürst Franz v. Ledt

In London ist heute, wie uns ein Telegramm berichtet, Fürst
Franz v. Ledt gestorben. Der verstorbene Fürst, der im 41. Lebens-
jahre stand, war ein Bruder der jetzigen Königin von England. Die
in England ansehnliche Fürstfamilie von Ledt entstamm dem
württembergischen Adel. Der erste Fürst von Ledt war der im Jahre
1841 geborene Fürst Franz, der der morgantischen Ehe des Herzogs
Alexander von Württemberg mit der österreichischen Gräfin von
Hohenstein entstammte.

Dem serbischen Kronprinzen geht es besser. Wie uns ein
Telegramm aus Belgrad meldet, ist nach dem heute veröffentlichten
Bulletin im Befinden des Kronprinzen Alexander wieder eine Besserung
gegen gestern wahrnehmbar. Das Bewußtsein ist beinahe schlagartig
klar.

Interpellationen über den Eisenbahnerstreik. Nach
einem Telegramm aus Paris sind bisher über den Eisen-
bahnerstreik von Deputierten verschiedener Parteien 25 Inter-
pellationen angekündigt worden. Die Gruppe der gemäßigten
Sozialisten hat eine gemeinsame Interpellation eingegründet, die haupt-
sächlich durch Jaurès vertreten wird. Um ein endliches Eintra-
gen der Streitkräfte zu verhindern, beantragt der Ministerpräsident
Berand, sofort in der ersten Sitzung das Wort zu erteilen.

Das gestrige Kollisionskatastrophe, das, wie be-
richtet wurde, auf dem Canal d'Orléans verübt wurde, scheint einen
Direktor der staatlichen Westbahn getötet zu haben.
Nach einem weiteren Telegramm aus Paris kann der Inhaber der
Wohnung auf dem Canal d'Orléans, auf deren Station die Kollisions-
katastrophe explodierte, ein Doktor Poisson, aber die Tat feinerlei
Aufklärung geben. Drohbriefe sind ihm nicht zugegangen. Ein
Stadtwort höher wohnt der Chef des Bureau's der staatlichen West-
bahn, Barbe.

Sein Anteil der Elektrizitätsarbeiter. Gestern abend ver-
sagte in Paris plötzlich im fünften, sechsten und siebenten Arron-